

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Katrin Werner, Dr. Petra Sitte,
Doris Achelwilm, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/9964 –**

Soziale Situation von Alleinerziehenden

Vorbemerkung der Fragesteller

Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes 2017 leben in der Bundesrepublik Deutschland rund 2,6 Millionen Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil. Während der Anteil von Familien mit Kindern an allen Haushalten insgesamt rückläufig ist, steigt die Zahl der Alleinerziehenden kontinuierlich an (vgl. hierzu www.destatis.de/DE/Presse/Pressekonferenzen/2018/Alleinerziehende/pressebroschuere-alleinerziehende.pdf?__blob=publicationFile&v=3 S. 7). Mittlerweile sind rund 20 Prozent aller Familien Einelternfamilien, wobei deutliche regionale und geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen. Beispielsweise beträgt der Anteil der Einelternfamilien in Ostdeutschland ca. 25 Prozent, im Westen hingegen nur 17 Prozent (vgl. ebd.: 9). Frauen sind bei den Alleinerziehenden nach wie vor stark überrepräsentiert (ca. 88 Prozent), während alleinerziehende Väter mit 12 Prozent eher eine Ausnahme bilden (vgl. ebd.: 13).

Der Begriff „alleinerziehend“ beschreibt sehr unterschiedliche Lebensrealitäten, aus denen sich unterschiedliche gesellschaftliche und soziale Problemlagen ergeben. Festzuhalten ist jedoch, dass insbesondere alleinerziehende Mütter und ihre Kinder massiv von Armut bedroht sind. Sie sind überdurchschnittlich häufig auf Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), also Hartz IV angewiesen. Das Armutsrisiko bei Alleinerziehenden und ihren Kindern liegt bei über 40 Prozent (vgl. www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/2018_armutsbericht.pdf S. 4). Ein wichtiger Faktor ist dabei, dass auch in Partnerschaften noch immer vor allem Frauen ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen oder reduzieren, um Sorgearbeit zu leisten. Nach der Trennung erschwert die fehlende Arbeitsmarktintegration oder Berufserfahrung, während der Alleinerziehendenphase einen ausreichend bezahlten Beruf zu finden (vgl. www.bpb.de/apuz/252655/armutsrisiko-alleinerziehend). Erschwerend kommt hinzu, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt nach wie vor eine Vielzahl struktureller Benachteiligungen und Lohndiskriminierung erfahren und viel häufiger als Männer im Niedriglohnsektor beschäftigt sind (<https://faktenfinder.tagesschau.de/inland/genderpaygap-103.html>). Es bedarf daher aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller einer besonderen gesellschaftlichen Unterstützung, um die Teilhabe und den Schutz von Einelternfamilien vor Armut zu gewährleisten.

1. Mit welchen Problemlagen werden Alleinerziehende aus Sicht der Bundesregierung konfrontiert?

Alleinerziehende Mütter und Väter sind täglich mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, da sie Erziehung und Erwerbseinkommen nicht mit einem Partner oder einer Partnerin in einem gemeinsamen Haushalt teilen können. Ihre Lebenssituationen und Lebenslagen sind heterogen. Alleinerziehende unterscheiden sich beispielsweise nach Alter und Anzahl der Kinder, dem Umfang der Mitbetreuung der Kinder und der Unterhaltsleistungen durch den anderen Elternteil, faktische Unterstützungen durch neue Partner oder Dritte, der beruflichen Qualifikation und dem Erwerbseinkommen sowie der Dauer der Lebensphase, in der sie alleinerziehend sind. Schwierig ist ihre Lebenssituation besonders dann, wenn sie Betreuung und Unterhalt der Kinder allein schultern müssen.

Viele Alleinerziehende sind hoch motiviert, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Im Jahr 2017 waren 70 Prozent der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern erwerbstätig, im Vergleich zu Müttern in Paarhaushalten mit minderjährigen Kindern, die zu 67 Prozent erwerbstätig waren. Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist vor allem für Alleinerziehende eine wichtige Ressource.

Damit Alleinerziehende durch Erwerbstätigkeit finanziell unabhängig sein können, sind sie auf qualitativ hochwertige, verlässliche und bedarfsgerechte Betreuungsangebote für ihre Kinder und auf eine familienfreundliche Arbeitswelt angewiesen. Von dem Ausbau der Kindertagesbetreuung und dem seit dem 1. August 2013 bestehenden Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr profitieren insbesondere auch Alleinerziehende. Dazu leistet der Bund mit dem Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ einen Beitrag: Mit dem vierten Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017 – 2020“ wurde das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ um insgesamt 1,126 Mrd. Euro aufgestockt, um zusätzlich 100 000 Betreuungsplätze zu schaffen.

Da Alleinerziehende überproportional häufig auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind, stellt die Arbeitsmarktintegration dieser Zielgruppe bereits seit einigen Jahren einen Schwerpunkt in der Zielsteuerung des SGB II dar. Alleinerziehende sollen verstärkt in Ausbildung oder Beschäftigung integriert werden. Hierzu wird die Integrationsquote der Alleinerziehenden als Ergänzungsgröße beim Kennzahlenvergleich nach § 48a SGB II berücksichtigt.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat bereits vor einigen Jahren im Rahmen zweier ESF-Bundesprogramme im Bereich der Grundsicherung neue Ansätze zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt für die spezielle Zielgruppe der Alleinerziehenden erprobt. Die Konzepte, die damals entwickelt wurden, wurden zum Teil ins Regelgeschäft übernommen und gehören heute in vielen Jobcentern zum Standard: z. B. Maßnahmenangebote in Teilzeit oder Angebote, die auch die Kinderbetreuung mit in den Blick nehmen. Darüber hinaus verfolgt die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) derzeit das Ziel, bei der Beratung und Aktivierung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Grundsicherung die gesamte Familiensituation stärker zu berücksichtigen und dabei einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen. Hiervon wird auch die Gruppe der Alleinerziehenden profitieren.

Wenn das Geld aber trotz Erwerbstätigkeit nicht reicht, brauchen Familien zusätzliche finanzielle Unterstützung. Alleinerziehende mit kleinen Einkommen werden durch das Starke-Familien-Gesetz unterstützt: Zum 1. Juli 2019 erhöht sich der Kinderzuschlag auf maximal 185 Euro pro Monat und Kind. Durch eine

geringere Anrechnung von Kindeseinkommen werden auch Kinder von Alleinerziehenden mit dem Kinderzuschlag künftig besser erreicht. Darüber hinaus wird der Kinderzuschlag entbürokratisiert und die Antragstellung einfacher und transparenter. Damit sich zusätzliches Einkommen auszahlt bzw. zumindest nicht nachteilig auswirkt, wird außerdem zum 1. Januar 2020 mit der Streichung der Höchst Einkommensgrenze die bisherige harte Abbruchkante abgeschafft. Des Weiteren können Alleinerziehende, die Kinderzuschlag beziehen, Leistungen für Bildung und Teilhabe und ab 1. August 2019 über das Gute-KiTa-Gesetz kostenfrei einen Betreuungsplatz für ihre Kinder erhalten können. Mit dem Starke-Familien-Gesetz werden zudem die Leistungen für Bildung und Teilhabe verbessert und ebenfalls entbürokratisiert. Damit sollen Kinder möglichst unabhängig von den finanziellen Mitteln des Elternhauses faire Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe erhalten. Weiterhin trägt die jüngste Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses dazu bei, dass mehr Kinder von Alleinerziehenden unberührt werden. Zusätzlich leistet der steuerliche Entlastungsbetrag in Höhe von 1 908 Euro jährlich (Steuerklasse II) einen wichtigen Beitrag zu einer Erhöhung des Haushaltseinkommens von Alleinerziehenden.

2. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der Alleinerziehenden, die von Armut bedroht sind oder in Armut leben, in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren, Geschlecht des Elternteils und Anzahl der Kinder aufschlüsseln)?

Amtliche Daten mit langen Reihen zur Entwicklung der sogenannten Armutsrisikoquote für unterschiedliche Haushaltstypen stellt das Statistische Bundesamt auf Basis der Erhebung Leben in Europa (EU-SILC) zur Verfügung. Die Höhe dieser Quote und die Anzahl der Personen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle hängt u. a. von der zugrundeliegenden Datenbasis, der Bezugsgröße (40, 50, 60 oder 70 Prozent des mittleren Einkommens) und der Gewichtung der Haushaltsmitglieder bei der Bestimmung des Nettoäquivalenzeinkommens ab. Der Indikator ist insbesondere für Teilpopulationen sehr volatil und kann je nach Datenquelle unterschiedlich ausfallen. Soweit vergleichbare Daten in den erfragten Abgrenzungen vorliegen, können sie der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Armutsrisiko in Haushalten von Alleinerziehenden bei Anwendung unterschiedlicher Schwellenwerte

| Einkommens- jahr | Personen insgesamt | Armutsrisikoquote bezogen auf | | | | |
|---------------------|-----------------------|-------------------------------|----------------------------|-----------------------|------------|------------|
| | | 60% Median | | 40% Median | 50% Median | 70% Median |
| | | vor Sozial- leistungen | nach Sozial- leistungen | nach Sozialleistungen | | |
| | 1.000 | Anteil (%) | | | | |
| 2007 | 4.293 | 62,1 | 35,9 | 9,3 | 18,4 | 52,0 |
| 2008 | 4.187 | 60,5 | 37,5 | 12,9 | 22,0 | 50,7 |
| 2009 | 4.220 | 60,9 | 43,0 | 12,4 | 25,2 | 55,4 |
| 2010 | 4.268 | 61,4 | 37,1 | 9,5 | 20,9 | 53,7 |
| 2011 | 4.254 | 58,2 | 38,8 | 11,1 | 22,0 | 52,0 |
| 2012 | 4.269 | 56,8 | 35,2 | 6,3 | 20,2 | 49,2 |
| 2013 | 4.448 | 50,2 | 29,4 | 7,7 | 14,2 | 43,4 |
| 2014 | 4.466 | 52,2 | 33,7 | 8,2 | 18,1 | 46,6 |
| 2015 | 4.307 | 55,1 | 32,6 | 7,4 | 17,5 | 48,6 |
| 2016 | - | - | 33,2 | 6,1 | 16,5 | 50,7 |

Quelle: Statistisches Bundesamt (EU-SILC, Fachserie 15 Reihe 3); Eurostat-Datenbank

3. Welche Ursachen sind nach Kenntnis der Bundesregierung für das erhöhte Armutsrisiko von Alleinerziehenden maßgeblich?

Die Armutsrisikoquote ist eine statistische Maßgröße für die Einkommensverteilung, die keine Information über individuelle Bedürftigkeit enthält. Alleinerziehende haben im Vergleich zu Personen mit ähnlichem Bildungshintergrund, ähnlicher Erwerbsbiografie und ähnlichen persönlichen Merkmalen eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass ihr Einkommen unter die Armutsrisikoschwelle sinkt (vgl. IAW (2016): „Aktuelle Entwicklungen der sozialen Mobilität und der Dynamik von Armutsrisiken in Deutschland“, S. 142). Dies resultiert vor allem aus der eingeschränkten Erwerbsbeteiligung und der ungünstigeren Relation zwischen Erwerbsfähigen und nicht-erwerbsfähigen Personen im Haushalt. Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

4. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung das durchschnittliche Bruttoerwerbseinkommen von Alleinerziehenden im Zeitraum von 2008 bis 2018 (bitte nach Jahren, Geschlecht, Umfang der Erwerbstätigkeit, Anzahl der Kinder und Alter der Kinder aufschlüsseln)?
5. Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung das mittlere Bruttoerwerbseinkommen von Alleinerziehenden im Zeitraum von 2008 bis 2018 (bitte nach Jahren, Geschlecht, Umfang der Erwerbstätigkeit, Anzahl der Kinder und Alter der Kinder aufschlüsseln)?

Die Fragen 4 und 5 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Amtliche Daten mit langen Reihen zur Entwicklung der Bruttoerwerbseinkommen für unterschiedliche Haushaltstypen stellt das Statistische Bundesamt auf Basis der Erhebung Leben in Europa (EU-SILC) zur Verfügung. Soweit Daten in den erfragten Abgrenzungen vorliegen, können sie der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Mittelwerte des Personeneinkommens in Haushalten von Alleinerziehenden

| Einkommens- jahr | Personen ab 16 Jahren mit Einkommen insgesamt | darunter mit Einkommen aus | | | | | |
|---------------------|--|---|--------|-----------------------------|--------|--------------------------------|--------|
| | | Erwerbstätigkeit insgesamt | | abhängiger Erwerbstätigkeit | | selbständiger Erwerbstätigkeit | |
| | | Durchschnitt | Median | Durchschnitt | Median | Durchschnitt | Median |
| | | je Person/über alle Personen mit der jeweiligen Einkommensart | | | | | |
| | 1.000 | Euro/Jahr | | | | | |
| 2007 | 4.293 | - | - | 16.629 | 11.590 | 13.621 | 5.000 |
| 2008 | 4.187 | - | - | 18.025 | 14.357 | 14.576 | 10.000 |
| 2009 | 4.220 | - | - | 17.758 | 15.000 | 19.367 | 18.000 |
| 2010 | 4.268 | - | - | 18.086 | 13.800 | 22.186 | 13.940 |
| 2011 | 4.254 | - | - | 19.343 | 15.600 | 20.097 | 6.247 |
| 2012 | 4.269 | - | - | 21.651 | 18.000 | 45.622 | 27.500 |
| 2013 | 4.448 | 22.225 | 16.500 | - | - | - | - |
| 2014 | 4.466 | 23.999 | 18.107 | - | - | - | - |
| 2015 | 4.307 | 22.400 | 16.800 | - | - | - | - |

Quelle: Statistisches Bundesamt (EU-SILC, Fachserie 15 Reihe 3)

6. Inwiefern stehen nach Kenntnis der Bundesregierung geschlechtsspezifische Unterschiede am Arbeitsmarkt und bei der Entlohnung in einem Zusammenhang mit der wachsenden Armut von Einelternfamilien?

Da 88 Prozent der Alleinerziehenden Frauen sind, haben geschlechtsspezifische Unterschiede im Erwerbsverhalten und in der Bezahlung einen besonderen Einfluss auf die Armutsgefährdung von Einelternfamilien. Dabei haben Frauen in den letzten zehn Jahren bei der Erwerbsbeteiligung stark gegenüber Männern aufgeholt.

So stieg die Erwerbstätigenquote der Frauen zwischen 20 und 64 Jahren nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat)¹ von 67,8 Prozent im Jahr 2008 auf 75,8 Prozent im Jahr 2018 (Männer: 83,9 Prozent, 2018) an. Dennoch bestehen auch weiterhin große Unterschiede zwischen Frauen und Männern im Erwerbsleben. Diese spiegeln sich beispielsweise in den durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeiten und der überwiegend von Frauen geleisteten familienbedingten Unterbrechung bzw. Reduzierung der Erwerbstätigkeit wider. Zudem werden sogenannte frauentypische Berufe häufig schlechter entlohnt. Diese Arbeitszeitreduzierungen und Beschäftigungsformen gehen teilweise mit einem geringeren Einkommen einher.

7. Wie hat sich die Zahl der Alleinerziehenden in den vergangenen zehn Jahren entwickelt, die nach Kenntnis der Bundesregierung staatliche Transferleistungen beantragen mussten (bitte nach Jahren, Bundesländern, Geschlecht, Art der Transferleistung und Anzahl der Kinder aufschlüsseln)?
8. Wie hat sich die Zahl der Alleinerziehenden in den vergangenen zehn Jahren entwickelt, die nach Kenntnis der Bundesregierung trotz ihrer Erwerbstätigkeit staatliche Transferleistungen beantragen mussten (bitte nach Jahren, Bundesländern, Geschlecht, Art der Transferleistung und nach Anzahl der Kinder aufschlüsseln)?

Die Fragen 7 und 8 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die Beantragung von staatlichen Sozialleistungen ist prinzipiell freiwillig. Dies gilt etwa auch für Wohngeld und Kinderzuschlag. Da Grundsicherungsleistungen nur nachrangig zustehen, müssen Wohngeld und Kinderzuschlag vorrangig beantragt werden, sofern damit die Hilfebedürftigkeit überwunden werden kann.

Die Zahl der Alleinerziehenden-Haushalte, die etwa Wohngeld oder Kinderzuschlag zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit als vorrangige Leistung beantragen mussten, ist der Bundesregierung nicht bekannt. Zum Wohngeld wird im Übrigen auf die Antwort zu Frage 38 verwiesen.

Auf Basis der Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Grundsicherungsstatistik SGB II) der BA kann die Zahl der Bezieher von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende ausgewiesen werden.

Die Zahl der alleinerziehenden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) hat sich von 636 000 im Jahresdurchschnitt 2009 auf 551 000 im Jahresdurchschnitt 2018 verringert. Zeitreihendaten nach Personenmerkmalen und Regionen finden sich in Tabelle 1 im Anhang.

¹ Quelle: Eurostat, Erwerbstätigenquoten nach Geschlecht, Alter und Staatsangehörigkeit (%), <https://ec.europa.eu/eurostat/data/database>.

Nach Angaben der Grundsicherungsstatistik SGB II hat sich die Zahl der alleinerziehenden erwerbstätigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) von 206 000 Personen im Jahresdurchschnitt 2009 auf 181 000 Personen im Jahresdurchschnitt 2018 verringert. Zeitreihendaten nach Personenmerkmalen und Regionen finden sich in Tabelle 1 im Anhang. Bei der Interpretation der Daten ist zu berücksichtigen, dass es sich um alle alleinerziehenden ELB mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit handelt, so dass auch geringfügig Beschäftigte sowie in geringem Umfang Selbständige umfasst sind.

9. Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um insbesondere die Situation von sehr jungen Alleinerziehenden mit geringer oder ohne abgeschlossene Berufsausbildung zu verbessern?

Für junge Menschen ist eine fundierte Berufswahl unerlässlich für einen gelingenden Übergang von der Schule in den Beruf. Um Jugendliche hierbei gezielt und bedarfsgerecht unterstützen zu können, ist die Betrachtung der jeweiligen individuellen Lebenssituationen der jungen Menschen zu berücksichtigen.

Erfreulicherweise sind an über 300 Standorten im Bundesgebiet bereits Jugendberufsagenturen eingeführt worden. Hier erfahren Jugendliche rechtskreisübergreifende Beratung, da sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agenturen für Arbeit, der Jobcenter, der Jugendhilfe und vielfach auch der Schulen zusammengeschlossen haben, um jungen Menschen eine bestmögliche Unterstützung anbieten zu können.

Junge Alleinerziehende befinden sich in einer besonderen Lebenssituation, die auch spezieller Unterstützungsleistungen bedarf. Manche konnten noch keinen Schul- oder Berufsabschluss erwerben - hier sind insbesondere Teilzeitangebote erforderlich. Die vorhandenen Ausbildungsförderungsinstrumente sind hier ebenso anwendbar, wie auch die Weiterbildungsmöglichkeiten der Agenturen für Arbeit und der Jobcenter. Je nach persönlicher Situation und individueller Voraussetzungen muss hier das passende Unterstützungsangebot ausgewählt werden. Siehe im Übrigen hierzu auch die Antwort zu Frage 1.

10. Aus welchen Gründen verweigert die Bundesregierung die Abschaffung der vollen Anrechnung des Kindergelds auf den Unterhaltsvorschuss zugunsten einer lediglich hälftigen Anrechnung, wie es im Unterhaltsrecht der Fall ist?
11. Stellt es nach Ansicht der Bundesregierung eine Diskriminierung oder Benachteiligung von Alleinerziehenden mit Unterhaltsvorschussbezug dar, dass die Erhöhung des Kindergeldes durch das sog. Familienentlastungsgesetz vollständig auf die Unterhaltsvorschussleistungen angerechnet wird?

Wenn nein, warum nicht?

Die Fragen 10 und 11 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Nach § 2 Absatz 2 Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) mindert sich die Unterhaltsleistung nach dem UVG um das für ein erstes Kind zu zahlende Kindergeld.

Da der Mindestunterhalt und die daran anknüpfende Unterhaltsleistung nach dem UVG sich unmittelbar nach dem kindlichen Existenzminimum bestimmt, ist das zur Verfügung stehende Kindergeld hierfür vorrangig einzusetzen und deshalb in voller Höhe auf die Unterhaltsleistung nach dem UVG anzurechnen. Das bedeu-

tet, dass den Alleinerziehenden durch den Unterhaltsvorschuss zusammen mit dem Kindergeld unabhängig von der Höhe ihres Einkommens jedenfalls der gesamte Mindestunterhalt zur Verfügung steht.

Eine Diskriminierung oder Benachteiligung ist mangels Ungleichbehandlung gleicher Sachverhalte nicht erkennbar. Die Kindergelderhöhung erhalten alle Kindergeldberechtigten. Alleinerziehende erhalten mit der Unterhaltsleistung nach dem UVG eine zusätzliche Unterstützung.

12. Wie hoch war die Ersparnis im Bundeshaushalt 2018 durch die Anrechnung des vollen Kindergeldes auf den Unterhaltsvorschuss im Vergleich zur lediglich hälftigen Anrechnung?

Der Bundesregierung liegen keine Schätzungen der Mehrkosten vor, die eine Erhöhung der UVG-Zahlbeträge durch Änderung der Anrechnungsregelung, nach der nur noch das halbe Erstkindergeld angerechnet würde, bewirken würde.

13. Wie viele Kinder aus Einelternfamilien, die auf SGB-II-Leistungen angewiesen sind, profitieren nicht von der Ausweitung des Unterhaltsvorschusses zum 1. Juli 2017, weil dieser auf SGB-II-Leistungen angerechnet wird?

Grundsätzlich profitieren alle Kinder aus Einelternfamilien, die auf SGB II Leistungen angewiesen sind, von der Ausweitung der Unterhaltsleistung nach dem UVG, da die Hilfebedürftigkeit verringert und somit leichter überwunden werden kann.

14. Wie hoch ist die Zahl der barunterhaltspflichtigen Elternteile, die ihrer Unterhaltspflicht nicht nachkommen, und wie hat sich dies in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren, absoluten und relativen Zahlen, Geschlecht des erziehenden Elternteils und Anzahl der Kinder aufschlüsseln)?
15. Wie hoch ist die Zahl der barunterhaltspflichtigen Elternteile, die ihrer Unterhaltspflicht aufgrund ihres zu geringen Einkommens nicht nachkommen, und wie hat sich dies in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren, absoluten und relativen Zahlen, Geschlecht des erziehenden Elternteils und Anzahl der Kinder aufschlüsseln)?
16. Wie hoch ist die Zahl der barunterhaltspflichtigen Elternteile, die ihrer Unterhaltspflicht nicht im vollständigen Umfang nachkommen, und wie hat sich dies in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren, absoluten und relativen Zahlen, Geschlecht des erziehenden Elternteils und Anzahl der Kinder aufschlüsseln)?
17. Wie hoch ist die Zahl der barunterhaltspflichtigen Elternteile, die ihrer Unterhaltspflicht aufgrund ihres zu geringen Einkommens nicht im vollständigen Umfang nachkommen, und wie hat sich dies in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren, absoluten und relativen Zahlen, Geschlecht des erziehenden Elternteils und Anzahl der Kinder aufschlüsseln)?

Die Fragen 14 bis 17 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen bezüglich der privatrechtlich geregelten Barunterhaltspflichten gegenüber Kindern und des Umfangs ihrer Erfüllung keine Erkenntnisse vor.

18. Wie hat sich die Rückgriffsquote bei säumigen unterhaltspflichtigen Eltern teilen seit 2014 entwickelt (bitte nach Jahren und Bundesländern aufschlüsseln)?

Die sog. Rückgriffsquote stellt das Verhältnis der im Laufe eines Kalenderjahres erzielten Einnahmen zu den Leistungsausgaben desselben Kalenderjahres dar.

Die Rückgriffsquoten in 2017 und 2018 sind aufgrund des Ausbaus der Leistung durch die Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes 2017 und den damit verbundenen deutlichen Mehrausgaben nicht mit den Vorjahren vergleichbar. Diesen deutlichen Mehrausgaben stehen unterschiedlich hohe Mehreinnahmen in den Ländern gegenüber. In allen Bundesländern sind die Einnahmen 2018 absolut um durchschnittlich 30 Prozent gestiegen. Hinzu kam die durch die Reform verursachte erhebliche Bindung personeller Ressourcen in den Unterhaltsvorschussstellen mit der Bearbeitung der Anträge bevor Verbesserungen des Rückgriffs in Angriff genommen werden konnten.

Die für den Rückgriff zuständigen Länder und Kommunen unternehmen derzeit zahlreiche Aktivitäten zur Verbesserung des Rückgriffs. Es ist daher mit einer positiven Entwicklung zu rechnen.

Die Übersicht der Rückgriffsquoten 2014 bis 2018 findet sich in der nachstehenden Tabelle. Die Werte sind und werden zudem veröffentlicht unter www.daten.bmfsfj.de/daten/daten/ Suchwort „UVG“.

Tabelle: Einnahmen, Ausgaben, Rückgriffsquote – Unterhaltsvorschussgesetz

| Unterhaltsvorschussgesetz | | | | | | |
|---|----------------------|------|------|------|-------|-------|
| Einnahmen, Ausgaben, Rückgriffsquote (Einnahmen/Ausgaben) | | | | | | |
| Bundesland | | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
| Baden-Württemberg | Einnahmen (Mio. EUR) | 23,1 | 22,5 | 22,9 | 24,4 | 32,5 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 71,8 | 67,6 | 69,7 | 88 | 172,2 |
| | Rückgriffsquote | 32% | 33% | 33% | 28% | 19% |
| Bayern | Einnahmen (Mio. EUR) | 28,3 | 28,3 | 29,3 | 30,9 | 41,4 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 79,7 | 80,8 | 81,8 | 112,4 | 211,9 |
| | Rückgriffsquote | 36% | 35% | 36% | 27% | 20% |
| Berlin | Einnahmen (Mio. EUR) | 9,4 | 9,4 | 10,2 | 10,8 | 13,7 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 55,6 | 55 | 55,4 | 63,2 | 125,9 |
| | Rückgriffsquote | 17% | 17% | 18% | 17% | 11% |
| Brandenburg | Einnahmen (Mio. EUR) | 7,0 | 7,7 | 8 | 8,8 | 9,9 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 35,2 | 35,2 | 34,6 | 45,9 | 89,4 |
| | Rückgriffsquote | 20% | 22% | 23% | 19% | 11% |
| Bremen | Einnahmen (Mio. EUR) | 1,3 | 1,3 | 1,7 | 1,5 | 1,8 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 11,0 | 12 | 12,3 | 14,6 | 28,1 |
| | Rückgriffsquote | 11% | 11% | 14% | 10% | 6% |
| Hamburg | Einnahmen (Mio. EUR) | 3,6 | 2,8 | 2,4 | 2,6 | 4,7 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 25,9 | 24,7 | 22,8 | 36,8 | 58,2 |
| | Rückgriffsquote | 14% | 11% | 11% | 7% | 8% |
| Hessen | Einnahmen (Mio. EUR) | 10,4 | 10,2 | 10,8 | 11,2 | 13,8 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 53,4 | 54,2 | 55,7 | 70,8 | 139,3 |

| Unterhaltungsvorschussgesetz | | | | | | |
|---|----------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Einnahmen, Ausgaben, Rückgriffsquote (Einnahmen/Ausgaben) | | | | | | |
| Bundesland | | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 |
| | Rückgriffsquote | 19% | 19% | 19% | 16% | 10% |
| Mecklenburg-Vorpommern | Einnahmen (Mio. EUR) | 4,9 | 5 | 5,7 | 6,6 | 6,8 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 29,6 | 29,2 | 29,2 | 40,1 | 76,4 |
| | Rückgriffsquote | 16% | 17% | 19% | 16% | 9% |
| Niedersachsen | Einnahmen (Mio. EUR) | 19,9 | 19,2 | 19,9 | 21,1 | 29,7 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 84,8 | 85,4 | 85,3 | 107,8 | 223,8 |
| | Rückgriffsquote | 23% | 23% | 23% | 20% | 13% |
| Nordrhein-Westfalen | Einnahmen (Mio. EUR) | 50,8 | 40,2 | 42,4 | 43,7 | 56 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 200,5 | 204,4 | 208,8 | 266,4 | 474,4 |
| | Rückgriffsquote | 25% | 20% | 20% | 16% | 12% |
| Rheinland-Pfalz | Einnahmen (Mio. EUR) | 9,5 | 9,8 | 10 | 10,9 | 15,4 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 35,9 | 36,5 | 37,5 | 50,4 | 91,9 |
| | Rückgriffsquote | 26% | 27% | 27% | 22% | 17% |
| Saarland | Einnahmen (Mio. EUR) | 2,2 | 2,1 | 2,2 | 2,3 | 3,1 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 9,6 | 9,6 | 10,1 | 13,5 | 23,6 |
| | Rückgriffsquote | 23% | 22% | 21% | 17% | 13% |
| Sachsen | Einnahmen (Mio. EUR) | 9,1 | 11,6 | 11,6 | 11 | 14,2 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 57,1 | 51,7 | 61 | 68,4 | 138,6 |
| | Rückgriffsquote | 16% | 22% | 19% | 16% | 10% |
| Sachsen-Anhalt | Einnahmen (Mio. EUR) | 7,1 | 8,1 | 8,6 | 8,8 | 9,4 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 37,5 | 35,9 | 35,5 | 41,1 | 89,6 |
| | Rückgriffsquote | 19% | 23% | 24% | 21% | 10% |
| Schleswig-Holstein | Einnahmen (Mio. EUR) | 7,1 | 7 | 7,6 | 7,7 | 10,4 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 33,2 | 33 | 33,8 | 45,5 | 86,8 |
| | Rückgriffsquote | 21% | 21% | 23% | 17% | 12% |
| Thüringen | Einnahmen (Mio. EUR) | 5,3 | 6,2 | 6,3 | 6,8 | 7,6 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 27,9 | 27,4 | 27,1 | 37,6 | 72,9 |
| | Rückgriffsquote | 19% | 22% | 23% | 18% | 10% |
| Deutschland | Einnahmen (Mio. EUR) | 198,7 | 191,3 | 197,6 | 208,8 | 270,3 |
| | Ausgaben (Mio. EUR) | 848,8 | 842,6 | 860,7 | 1.102,60 | 2103,1 |
| | Rückgriffsquote | 23% | 23% | 23% | 19% | 13% |

Quelle: BMFSFJ

Erläuterungen:

Einnahmen = aus gemäß § 7 UVG auf die Länder übergegangenen Unterhaltsansprüchen

Ausgaben = geleistete Zahlungen an Unterhaltungsvorschussleistungen

Rückgriffsquote = Verhältnis der Einnahmen und der Ausgaben eines Kalenderjahres

Die genannten Werte sind jeweils die anhand der Jahresendwerte der Buchungen in den Haushaltstiteln des Bundes berechneten Gesamtwerte für Bund, Länder und ggf. Kommunen. Der Bund erhält bzw. trägt davon seit dem 1. Juli .2017 jeweils 40 Prozent, bis zum 30. Juni .2017 betragen die Anteile 1/3.

19. Welche Ursachen sind nach Kenntnis der Bundesregierung für die unterschiedlichen Rückgriffsquoten in den Bundesländern verantwortlich?

Die Ursachen für die unterschiedlichen Rückgriffsquoten beruhen nach Kenntnis der Bundesregierung auf zahlreichen Faktoren. Eine ausführliche Darstellung erfolgte im Rahmen des Berichts der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag über die Wirkungen der Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes ein Jahr nach dem Inkrafttreten zum 1. Juli 2017 (<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/039/1903960.pdf>).

20. Inwieweit erachtet die Bundesregierung eine Bearbeitung und Rückforderung des Unterhalts durch die Finanzämter für sinnvoll, um die Rückgriffsquote zu erhöhen und die Zahl unterhaltssäumiger Elternteile zu reduzieren?

Die Länder entscheiden im Rahmen der eigenen Organisationshoheit und -verantwortung über die nach Landesrecht für den Vollzug des UVG zuständigen Stellen. Die Bundesregierung unterstützt den Vollzug in grundsätzlich geeigneten Organisationsstrukturen und verweist auf Bundestagsdrucksache 19/5164 veröffentlichte ausführliche Stellungnahme des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Rahmen der Berichterstattung zum laufenden Bund-Länder-Prozess zur Verbesserung des Rückgriffs nach dem UVG, insb. Ziff. 2.2.2 des Berichts „Einschätzung des BMFSFJ zur Organisation des UVG-Vollzugs in den Ländern“.

21. Wie viele Alleinerziehende, die einen Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket haben, haben diesen seit der Einführung tatsächlich wahrgenommen (bitte nach Jahren, Bundesländern und Anzahl der Kinder aufschlüsseln)?

Die Grundsicherungsstatistik SGB II berichtet ausschließlich über die im Rechtskreis SGB II gewährten Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes und stellt die Leistungsberechtigten mit festgestelltem Leistungsanspruch dar. Diese Daten liegen ab dem Berichtsmonat April 2015 vor.

Leistungen für Bildung und Teilhabe (u. a. nach § 28 SGB II) können unter den gesetzlich näher bestimmten Voraussetzungen neben dem Regelbedarf Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen gewährt werden. Anspruch auf Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket haben also die genannten Personen, nicht jedoch deren (ggf. alleinerziehenden) Eltern, die in derselben Bedarfsgemeinschaft leben.

Die Statistik der BA umfasst Daten zu den Leistungsberechtigten, die Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe haben, es liegen aber keine Informationen zur anschließenden Nutzung der gewährten Leistung durch die Leistungsberechtigten vor. Unter „tatsächlicher Wahrnehmung des Anspruchs“ wird dementsprechend die Geltendmachung eines Anspruchs auf Bildungs- und Teilhabeleistungen verstanden. Zur Beantwortung der Frage wird daher der Bestand derjenigen Leistungsberechtigten in der Grundsicherung dargestellt, die einen Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe haben und in einer Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaft leben.

Seit der Einführung der Berichterstattung zu den Leistungen für Bildung und Teilhabe im Jahr 2015 hat sich die Zahl der Leistungsberechtigten mit Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe, die in einer Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaft leben, von 245 000 im April 2015 auf 260 000 im Januar 2019 erhöht (aktuellere Daten liegen nicht vor). Aufgrund der Leistungen für den persönlichen

Schulbedarf liegen die Werte für die Monate Februar und August jeweils über denen der übrigen Monate. Weitere Daten nach den gewünschten Differenzierungen finden sich in Tabelle 2 im Anhang.

22. Wie hat sich die Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets von Alleinerziehenden seit der Reform des Unterhaltsvorschusses entwickelt (bitte nach Jahren, Bundesländern und Anzahl der Kinder aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen diesbezüglich keine Erkenntnisse vor.

23. Mit welchen gesundheitlichen Problemen werden Alleinerziehende aufgrund der Doppelbelastung von Familie und Beruf konfrontiert, und was muss diesbezüglich nach Ansicht der Bundesregierung konkret getan werden?

Alleinerziehende Mütter und Väter leisten Beträchtliches und verdienen dafür Anerkennung und Unterstützung. Auch ohne finanzielle, berufliche, gesundheitliche oder familiäre Sorgen ist das Leben mit Kindern oft anstrengend und fordernd. Mütter und Väter haben hohe Ansprüche an sich, wollen richtige Entscheidungen für ihre Kinder und Familien treffen, ihnen gute Eltern sein. Für Alleinerziehende ist das umso herausfordernder, besonders wenn finanzielle Sorgen oder eine schwierige die Familie zusätzlich belasten.

Die Erziehungs- und Familienberatung bietet Alleinerziehenden die Möglichkeit, orientiert an ihrer jeweiligen Bedarfs- und Problemlage ein vielschichtiges, flexibles Angebot an beraterischen und therapeutischen Hilfen in Anspruch zu nehmen. Die Familienbildung, Familienberatung und Familienselbsthilfe wird vom BMFSFJ mit jährlich rund 2,5 Mio. Euro durch regelmäßige Zuwendungen an die bundesweiten Trägerverbände für die Aus- und Fortbildung der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und durch bundesweite Fachtagungen gefördert. Außerdem fördert das BMFSFJ den Verband alleinerziehender Mütter und Väter e. V., der seinerseits zahlreiche Beratungsstellen für die Zielgruppe betreibt.

Die Angebote des Müttergenesungswerkes setzen ebenfalls bei stark belasteten Eltern an. In dreiwöchigen ganzheitlichen und gendersensiblen Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen in derzeit 74 Einrichtungen tanken gerade Alleinerziehende und ihre Kinder wieder Kraft, stärken ihre Gesundheit, aber auch die Beziehungen zu ihren Kindern, um somit den Alltag wieder gut meistern zu können. Das BMFSFJ fördert mit jährlich rund 6 Mio. Euro Baumaßnahmen in den Einrichtungen, damit die Kurmaßnahmen nachhaltig wirken können.

Bundesweit bieten derzeit 88 gemeinnützige Familienferienstätten gute und vielfältige Angebote unter anderem für Alleinerziehende an. Kinderbetreuung und zahlreiche Freizeitaktivitäten unter Anleitung qualifizierter Fachkräfte gehören zum Programm. Zusätzlich bieten viele Bundesländer Zuschüsse für den Aufenthalt in einer Familienferienstätte an. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Familienerholung ist der Zusammenschluss der Familienferienstätten in Deutschland. Alleinerziehende, die auf der Suche nach einer geeigneten Unterkunft sind oder Fragen zu Zuschüssen haben, bekommen dort Informationen.

24. Inwiefern begünstigt das Ehegattensplitting aus Sicht der Bundesregierung eine asymmetrische Aufteilung der Sorge- und Lohnarbeit von Männern und Frauen in ehelichen Gemeinschaften?

Die Aufteilung innerhalb der Ehe fällt nach der langjährig gefestigten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) in die autonome Entscheidung der Ehegatten (stRspr, z. B. BVerfGE 61, 319 [347]; 66, 84 [94]; 87, 234 [258 f.]). Das BVerfG zeigt dem Gesetzgeber Grenzen auf, indem es aufgeführt hat, dass Artikel 6 Absatz 1 GG „den Eheleuten eine Sphäre privater Lebensgestaltung [garantiert], die staatlicher Einwirkung entzogen ist. Der besondere verfassungsrechtliche Schutz von Ehe und Familie erstreckt sich auf die „Alleinverdienerhe“ daher ebenso wie auf die „Doppelverdienerhe“ (vgl. z. B. BVerfGE 66, 84 [94]; 87, 234 [258 f.]; 107, 27 [53]) und schließt es aus, dass Ehegatten zu einer bestimmten Gestaltung ihrer Ehe gedrängt werden.“ (BVerfGE 133, 377 [410] Rn. 82). Das Ehegattensplitting entspricht diesen Vorgaben.

Allerdings wird beim Lohnsteuerabzug in der Steuerklassenkombination III/V die Wirkung des Ehegattensplittings nicht gleichmäßig auf die gemeinsam veranlagenden Personen verteilt. Grund hierfür ist, dass in der Steuerklassenkombination III/V ein Arbeitslohnverhältnis der Ehegatten von ca. 60 Prozent zu 40 Prozent als Ausgangslage für den zutreffenden Lohnsteuerabzug hinterlegt ist. Für eine gerechte Verteilung der Steuerlast bei Ehegatten, insbesondere auch, wenn die Arbeitslohnverhältnisse von dieser Annahme abweichen, steht den Ehegatten daher alternativ das Faktorverfahren zur Verfügung, das der Gesetzgeber 2010 eingeführt hat. Ehegatten sollen über das Faktorverfahren noch besser informiert und dessen Akzeptanz weiter gestärkt werden.

25. Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung im Hinblick auf die steuerliche Belastung von Alleinerziehenden?

In der letzten Legislaturperiode wurde der steuerliche Entlastungsbetrag für Alleinerziehende um fast 50 Prozent auf 1 908 Euro jährlich angehoben, ab dem zweiten Kind erhöht sich der Entlastungsbetrag um 240 Euro pro Kind. Weitere steuerliche Entlastungen speziell für Alleinerziehende plant die Bundesregierung derzeit nicht.

26. Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung im Hinblick auf eine Erhöhung und Dynamisierung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende?

Auf die Antwort zu Frage 25 wird verwiesen.

27. Welchen konkreten Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung in Bezug auf geschlechtsspezifische Unterschiede im zeitlichen Aufwand für Hausarbeit und Kinderbetreuung (Gender Care Gap)?

Der Gender Care Gap, der ausweist, wieviel Zeit Frauen für unbezahlte Sorgetätigkeiten täglich mehr aufbringen, zeigt, dass unbezahlte Sorgearbeit sehr ungleich zwischen Frauen und Männern verteilt ist. In einem von der Europäischen Kommission geförderten Projekt werden derzeit die Ursachen des Gender Care Gap analysiert und Empfehlungen des Zweiten Gleichstellungsberichtes hinsichtlich ihres Potentials zur Schließung der Sorgelücke bewertet.

28. Wie hoch ist die Inanspruchnahme von Elterngeld und ElterngeldPlus durch Alleinerziehende, und wie hat sich dies in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen keine Zahlen darüber vor, wie hoch die Inanspruchnahme von Elterngeld durch Alleinerziehende ist. Die Elterngeldstatistik weist nicht aus, ob der Antragsteller oder die Antragstellerin alleinerziehend ist.

29. Wie hoch ist der Anteil von Alleinerziehenden, die lediglich den Mindestbetrag bei Elterngeld oder ElterngeldPlus ausgezahlt bekommen, und wie hat sich diese Zahl in den vergangenen fünf Jahren entwickelt (bitte nach Jahren und Geschlecht aufschlüsseln)?

Auf die Antwort zu Frage 28 wird verwiesen.

30. Wie hoch ist das durchschnittliche Elterngeld bzw. ElterngeldPlus für Alleinerziehende, und wie hat sich dies in den vergangenen fünf Jahren entwickelt (bitte nach Jahren und Geschlecht aufschlüsseln)?

Auf die Antwort zu Frage 28 wird verwiesen.

31. Was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Ursachen für die Nichtinanspruchnahme von Elterngeld und ElterngeldPlus durch Alleinerziehende?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, dass Alleinerziehende das Elterngeld nicht in Anspruch nehmen würden. Im Gegenteil: Alleinerziehende werden im Elterngeld besonders berücksichtigt. So können Alleinerziehende sowohl die Partnermonate als auch den Partnerschaftsbonus allein beziehen. Für Eltern mit kleinen Einkommen gibt es außerdem mehr Elterngeld. Eltern mit Einkommen unter 1 000 Euro können bis zu 100 Prozent von ihrem Einkommen vor der Geburt bekommen.

Eltern, die Ihre Kinder gemeinsam getrennt erziehen, können Elterngeld, ElterngeldPlus und Partnerschaftsbonus genauso beziehen, wie Eltern, die als Paar zusammenleben.

32. Wie hoch ist die Zahl der Alleinerziehenden, die den Partnerschaftsbonus in Anspruch nehmen, und wie hat sich dies in den vergangenen fünf Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Auf die Antwort zu Frage 28 wird verwiesen.

33. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Zahl der Alleinerziehenden zu erhöhen, die den Partnerschaftsbonus in Anspruch nehmen?

Der Partnerschaftsbonus hat sich als erfolgreiches Modell für eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie erwiesen – dies gilt auch für Alleinerziehende, die mit Hilfe des Bonus in Teilzeit arbeiten und parallel Elterngeld beziehen können. Derzeit wird eine Vereinfachung und Flexibilisierung des Partnerschaftsbonus geprüft, wovon auch Alleinerziehende profitieren würden.

34. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl wohnungsloser Einelternfamilien, und wie hat sich dies in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen für das gesamte Bundesgebiet vor. Bekannt sind jedoch die Ergebnisse der „Integrierten Wohnungsnotfall-Berichterstattung 2017 in Nordrhein-Westfalen“ (Herausgeber: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Juli 2018): „Zum Stichtag 30. Juni 2017 sind insgesamt 32 286 Personen in Nordrhein-Westfalen von den Kommunen und von Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in freier Trägerschaft als wohnungslos gemeldet worden. Von den Kommunen wurden 19 459 Personen (60,3 Prozent) und von den Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe in freier Trägerschaft 12 827 Personen (39,7 Prozent) gemeldet.“ Davon waren bei den am 30. Juni 2017 kommunal und ordnungsrechtlich untergebrachten Wohnungslosen 5,6 Prozent erwachsene alleinstehende Personen mit Kind(ern). Von den bei den freien Trägern der Wohnungslosenhilfe betreuten Wohnungslosen waren 3 Prozent erwachsene alleinstehende Personen mit Kind(ern).

Erkenntnisse liegen zudem aus Bayern vor („Ergebnisse der zweiten Erhebung zur Wohnungslosigkeit in Bayern zum Stichtag 30. Juni 2017“, Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, März 2019): Demnach waren 15 517 Personen zum Stichtag 30. Juni 2017 von den Kommunen und den Einrichtungen der freien Träger der Wohnungslosenhilfe untergebracht worden. Davon waren bei den 12 681 am 30. Juni 2017 kommunal und ordnungsrechtlich untergebrachten Wohnungslosen 8,6 Prozent Frauen mit Kind(ern) und 1,1 Prozent Männer mit Kindern.

Von den 2 836 wohnungslosen Personen, die am Stichtag von den freien Trägern der Wohnungslosenhilfe untergebracht wurden sowie den 6 446 „anhängigen“ Klientinnen und Klienten, die im Laufe des Monats Juni 2017 von den freien Trägern beraten oder betreut wurden, sind 4 Prozent Frauen mit Kind(ern) und 1,5 Prozent Männer mit Kindern.

Das BMAS erarbeitet momentan einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Bundeswohnungslosenstatistik. Nach diesem Planungsstand soll anhand der Statistik u. a. auch die Anzahl der alleinstehenden Personen mit Kindern ermittelt werden, die an einem Stichtag wohnungslos waren und untergebracht wurden.

35. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl obdachloser Einelternfamilien, und wie hat sich dies in den vergangenen zehn Jahren entwickelt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Auf die Antwort zu Frage 34 wird verwiesen. Darüber hinausgehenden Informationen liegen der Bundesregierung nicht vor.

36. Wie viele Einelternfamilien leben nach Kenntnis der Bundesregierung in überbelegten Wohnungen?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Informationen vor.

37. Wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die durchschnittlichen Wohnkosten für Mietwohnungen für Familien pro Kalendermonat (bitte nach Bundesländern und exemplarisch für Bonn, Hamburg, München und Trier sowie nach Alleinerziehenden-Familien mit einem Kind, Alleinerziehenden-Familien mit zwei Kindern, Alleinerziehenden-Familien mit drei Kindern, Alleinerziehenden-Familien mit vier Kindern, Alleinerziehenden-Familien mit mehr als vier Kindern, Paaren ohne Kinder, Paar-Familien mit einem Kind, Paar-Familien mit zwei Kindern, Paar-Familien mit drei Kindern, Paar-Familien mit vier Kindern und Paar-Familien mit mehr als vier Kindern in Jahreskohorten für die letzten zehn Jahre aufschlüsseln)?

Für die Beantwortung der Frage wird das Sozioökonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaft (DIW) herangezogen. Die Befragung mit einer begrenzten Stichprobengröße ermöglicht allerdings bei der Kinderzahl nur eine Differenzierung von Haushalten mit einem Kind sowie mit zwei und mehr Kindern. Für eine Differenzierung nach Bundesländern oder nach Städten reichen die Fallzahlen ebenfalls nicht aus. Derzeit liegen die Ergebnisse nur für das Jahr 2016 aufbereitet vor.

| | Bruttowarmmiete 2016 in Euro je qm |
|-----------------------------------|---------------------------------------|
| | Mittelwert |
| Alleinerz. mit 1 Kind | 7,93 |
| Alleinerz. mit 2 u.m. K. | 7,99 |
| Alleinerziehende insgesamt mit K. | 7,95 |
| Paare mit 1 Kind | 8,64 |
| Paare mit 2 u. m. K. | 8,40 |
| Paare mit K. | 8,51 |
| (Ehe-)Paare ohne K. | 8,57 |
| Haushalte insgesamt | 8,44 |

Datenquelle:
soep.v33.1 (BBSR)
mit Gewichtung (BGHHRFAM2)

Hinweise:

- Nur Hauptmieterhaushalte in Gebäuden mit Wohnraum (ohne Wohnheime / inkl. Sozialwohnungen), die Angaben zu allen (perzentilbereinigten) Wohnkostenkomponenten gemacht haben, und nach deren Angaben die Miete weder verbilligt noch umsonst ist.
- Definition Kinder: sowohl jünger als auch älter als 16 Jahre

38. Wie viele Familien haben Wohngeld beantragt, und wie viele Familien erhalten Wohngeld (bitte nach Bundesländern sowie nach Alleinerziehenden-Familien mit einem Kind, Alleinerziehenden-Familien mit zwei Kindern, Alleinerziehenden-Familien mit drei Kindern, Alleinerziehenden-Familien mit vier Kindern, Alleinerziehenden-Familien mit mehr als vier Kindern, Paaren ohne Kinder, Paar-Familien mit einem Kind, Paar-Familien mit zwei Kindern, Paar-Familien mit drei Kindern, Paar-Familien mit vier Kindern und Paar-Familien mit mehr als vier Kindern in Jahreskohorten für die Jahre 2013 bis 2018 aufschlüsseln)?

Die Statistik der Antragszahlen im Wohngeld lässt eine Differenzierung der antragstellenden Haushalte nach Familien und Familientyp nicht zu. Die folgenden Angaben beziehen sich daher auf die Anzahl der wohngeldberechtigten Haushalte in den Berichtsjahren 2013 bis 2017. Die Statistik für das Berichtsjahr 2018 liegt noch nicht vor.

| Anzahl wohngeldberechtigter Familien* nach Bundesländern | | | | | |
|---|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | 2017 | 2016 | 2015 | 2014 | 2013 |
| Schleswig-Holstein | 9.404 | 9.995 | 7.199 | 8.481 | 9.946 |
| Hamburg | 5.543 | 6.042 | 4.591 | 5.577 | 6.003 |
| Niedersachsen | 23.153 | 23.725 | 19.389 | 22.303 | 23.993 |
| Bremen | 1.833 | 1.839 | 1.514 | 1.838 | 1.902 |
| Nordrhein-Westfalen | 60.413 | 60.786 | 48.070 | 53.657 | 51.026 |
| Hessen | 16.018 | 16.504 | 12.911 | 14.260 | 16.323 |
| Rheinland-Pfalz | 10.162 | 10.680 | 8.849 | 9.873 | 1.887 |
| Baden-Württemberg | 23.398 | 24.342 | 18.782 | 21.505 | 24.644 |
| Bayern | 21.473 | 22.167 | 17.062 | 19.706 | 22.318 |
| Saarland | 1.982 | 2.089 | 1.530 | 1.664 | 1.536 |
| Berlin | 7.390 | 6.793 | 5.419 | 6.319 | 6.956 |
| Brandenburg | 7.258 | 6.925 | 5.231 | 6.021 | 7.190 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 7.474 | 7.996 | 5.756 | 6.870 | 7.893 |
| Sachsen | 14.094 | 15.207 | 12.726 | 14.794 | 16.599 |
| Sachsen-Anhalt | 5.820 | 6.249 | 4.710 | 5.702 | 6.532 |
| Thüringen | 5.464 | 6.442 | 5.225 | 6.406 | 7.407 |
| Gesamt | 220.879 | 227.781 | 178.964 | 204.976 | 212.155 |
| <p><i>Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Wohngeldstatistik 2013 - 2017, reine Wohngeldhaushalte</i> * = Mehrpersonenhaushalte mit mindestens einer Person im Alter von unter 18 Jahren</p> | | | | | |

| Anzahl wohngeldberechtigter Haushalte nach Familientyp | | | | | |
|--|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | 2017 | 2016 | 2015 | 2014 | 2013 |
| Alleinerziehend mit 1 Kind* | 42.260 | 44.004 | 30.139 | 36.072 | 39.419 |
| Alleinerziehend mit 2 Kindern | 21.307 | 24.023 | 18.091 | 21.596 | 21.395 |
| Alleinerziehend mit 3 Kindern | 6.806 | 7.076 | 5.663 | 5.955 | 6.271 |
| Alleinerziehend mit 4 Kindern | 1.278 | 1.280 | 1.110 | 1.262 | 1.134 |
| Alleinerziehend mit mehr als 4 Kindern | 366 | 338 | 306 | 342 | 316 |
| Paar mit 1 Kind | 17.730 | 18.888 | 13.505 | 16.412 | 18.079 |
| Paar mit 2 Kindern | 50.512 | 52.277 | 41.877 | 49.083 | 52.320 |
| Paar mit 3 Kindern | 37.958 | 38.674 | 32.782 | 35.876 | 35.896 |
| Paar mit 4 Kindern | 16.004 | 15.530 | 13.670 | 14.186 | 13.262 |
| Paar mit mehr als 4 Kindern | 7.668 | 7.528 | 7.074 | 7.350 | 6.542 |
| Sonstige mit Kind(ern) z. B. Eltern + Großelternanteil + Kind(er) | 18.990 | 18.163 | 14.747 | 16.842 | 17.521 |
| Paar ohne Kind | 26.547 | 29.269 | 19.464 | 25.021 | 34.859 |
| <i>Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Wohngeldstatistik 2013 - 2017, reine Wohngeldhaushalte * = Person im Alter von unter 18 Jahren</i> | | | | | |

39. Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung mit Hinblick auf die Wohnsituation von Alleinerziehenden, und was muss diesbezüglich bis wann konkret mit welchen Mitteln getan werden?

Die Versorgung der gesamten Bevölkerung mit ausreichend bezahlbarem Wohnraum ist eine wichtige soziale Frage unserer Zeit. Daher hat die Bundesregierung seit März 2018 eine Vielzahl von neuen Maßnahmen eingeleitet, um den Wohnungsbau zu intensivieren und die Bezahlbarkeit des Wohnens zu sichern. Beim Wohngipfel am 21. September 2018 im Bundeskanzleramt wurden diese mit Ländern und Kommunen abgestimmt und im Ergebnis eine gemeinsame Wohnraumoffensive verabschiedet. Die Bundesregierung stellt in dieser Legislaturperiode allein für den sozialen Wohnungsbau, das Baukindergeld, das Wohngeld und die auf Rekordniveau fortgeführte Städtebauförderung mehr als 13 Mrd. Euro zur Verfügung. Von diesen Maßnahmen profitieren Alleinerziehende gleichermaßen.

40. Wie weit sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Arbeitswege von Alleinerziehenden und von nicht alleinerziehenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durchschnittlich (bitte nach Bundesländern und exemplarisch für Bonn, Hamburg, München und Trier aufschlüsseln)?

Die durchschnittliche Pendelentfernung zwischen Wohn- und Arbeitsort (Arbeitsweg) von Alleinerziehenden beträgt rd. 12 km. Alle anderen haben einen durchschnittlich 17 km langen Arbeitsweg. Der Bundesregierung liegen nicht für alle Länder und Großstädte repräsentative Daten zur Mobilität von Alleinerziehenden vor. Daher werden in der nachstehenden Tabelle nach Ländergruppen und regionalstatistischen Raumtypen zusammengefasste Ergebnisse des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur dargestellt.

Tabelle 2: Bestand Leistungsberechtigte (LB) unter 25 Jahren mit Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe, die in alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften (BG) leben
Deutschland und Bundesländer

Datenstand: April 2019

| Berichtsmonat | Leistungsberechtigte (LB) unter 25 Jahre mit Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe, die in alleinerziehenden BG leben | dar. | | dav. | | | Schleswig-Holstein | Hamburg | Niedersachsen | Bremen |
|----------------|--|---------|---------|--------------------------------------|--|---|--------------------|---------|---------------|--------|
| | | Männer | Frauen | in BG mit einem Kind unter 18 Jahren | in BG mit zwei Kindern unter 18 Jahren | in BG mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren | | | | |
| | | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | | | | |
| April 2015 | 245.212 | 124.401 | 120.807 | 86.943 | 94.132 | 64.137 | 14.324 | . | 19.283 | 1.101 |
| Mai 2015 | 250.766 | 127.265 | 123.497 | 88.397 | 96.184 | 66.185 | 14.474 | . | 19.950 | 1.086 |
| Juni 2015 | 255.772 | 129.872 | 125.892 | 89.888 | 98.077 | 67.807 | 14.734 | . | 20.766 | 1.104 |
| Juli 2015 | 242.919 | 123.660 | 119.256 | 85.031 | 93.072 | 64.816 | 14.629 | . | 20.492 | 1.093 |
| August 2015 | 569.457 | 288.257 | 281.193 | 196.933 | 216.010 | 156.514 | 25.438 | . | 59.498 | 2.121 |
| September 2015 | 249.362 | 126.765 | 122.595 | 87.562 | 95.156 | 66.644 | 15.151 | . | 18.955 | 1.147 |
| Oktober 2015 | 255.639 | 130.259 | 125.378 | 89.879 | 97.288 | 68.472 | 15.043 | . | 19.601 | 1.151 |
| November 2015 | 264.564 | 134.652 | 129.909 | 92.546 | 100.851 | 71.167 | 15.042 | . | 19.840 | 1.095 |
| Dezember 2015 | 265.793 | 135.307 | 130.483 | 92.931 | 101.330 | 71.532 | 15.002 | . | 20.633 | 1.061 |
| Januar 2016 | 261.066 | 132.655 | 128.407 | 91.210 | 99.595 | 70.261 | 14.967 | . | 19.193 | 1.052 |
| Februar 2016 | 573.904 | 290.947 | 282.945 | 200.250 | 215.646 | 158.008 | 25.753 | . | 57.900 | 2.094 |
| März 2016 | 270.609 | 137.632 | 132.973 | 93.684 | 103.239 | 73.686 | 15.110 | . | 20.590 | 1.018 |
| April 2016 | 267.238 | 135.842 | 131.391 | 92.138 | 101.600 | 73.500 | 15.136 | . | 20.734 | 1.006 |
| Mai 2016 | 271.413 | 137.956 | 133.454 | 92.802 | 103.353 | 75.258 | 15.196 | . | 20.971 | 1.010 |
| Juni 2016 | 272.486 | 138.489 | 133.992 | 93.039 | 103.580 | 75.867 | 15.178 | . | 21.135 | 973 |
| Juli 2016 | 252.638 | 128.778 | 123.858 | 85.892 | 96.058 | 70.688 | 14.959 | . | 15.496 | 823 |
| August 2016 | 554.624 | 281.121 | 273.488 | 187.372 | 208.469 | 158.783 | 24.918 | . | 59.576 | 2.005 |
| September 2016 | 259.542 | 132.073 | 127.467 | 88.098 | 98.170 | 73.274 | 14.978 | . | 19.981 | 1.019 |
| Oktober 2016 | 261.563 | 133.247 | 128.310 | 88.512 | 99.177 | 73.874 | 15.000 | . | 18.811 | 1.013 |
| November 2016 | 264.399 | 134.888 | 129.506 | 89.473 | 100.141 | 74.785 | 15.241 | . | 19.753 | 991 |
| Dezember 2016 | 264.594 | 134.973 | 129.614 | 89.041 | 100.399 | 75.154 | 15.106 | . | 20.531 | 969 |
| Januar 2017 | 265.693 | 135.526 | 130.158 | 89.266 | 100.372 | 76.055 | 15.463 | . | 18.927 | 937 |
| Februar 2017 | 570.943 | 290.120 | 280.802 | 193.227 | 212.877 | 164.839 | 25.593 | . | 58.498 | 1.994 |
| März 2017 | 278.930 | 142.461 | 136.460 | 93.137 | 105.316 | 80.477 | 16.074 | . | 20.866 | 968 |
| April 2017 | 276.102 | 141.064 | 135.029 | 91.427 | 104.433 | 80.242 | 16.063 | . | 20.028 | 951 |
| Mai 2017 | 278.796 | 142.331 | 136.457 | 92.092 | 104.990 | 81.714 | 16.216 | . | 21.614 | 926 |
| Juni 2017 | 276.276 | 141.000 | 135.265 | 91.060 | 104.147 | 81.069 | 16.196 | . | 21.197 | 1.001 |
| Juli 2017 | 259.544 | 132.686 | 126.848 | 85.250 | 97.895 | 76.399 | 16.113 | . | 15.606 | 841 |
| August 2017 | 553.529 | 281.602 | 271.906 | 180.951 | 206.775 | 165.803 | 25.287 | . | 58.448 | 2.028 |
| September 2017 | 264.102 | 134.965 | 129.127 | 86.567 | 99.793 | 77.742 | 16.419 | . | 19.488 | 979 |
| Oktober 2017 | 268.516 | 137.172 | 131.335 | 87.766 | 101.439 | 79.311 | 16.255 | . | 18.922 | 947 |
| November 2017 | 270.523 | 138.100 | 132.416 | 88.345 | 101.948 | 80.230 | 16.253 | . | 18.914 | 951 |
| Dezember 2017 | 268.892 | 137.129 | 131.758 | 87.486 | 101.289 | 80.117 | 16.035 | . | 19.155 | 928 |
| Januar 2018 | 266.798 | 135.767 | 131.024 | 86.847 | 100.352 | 79.599 | 15.963 | . | 18.315 | 894 |
| Februar 2018 | 547.854 | 278.581 | 269.255 | 180.148 | 203.129 | 164.577 | 24.756 | . | 56.561 | 1.919 |
| März 2018 | 270.978 | 137.960 | 133.011 | 87.694 | 101.857 | 81.427 | 15.812 | . | 19.286 | 884 |
| April 2018 | 271.296 | 138.078 | 133.212 | 87.465 | 101.999 | 81.832 | 15.764 | . | 20.178 | 850 |
| Mai 2018 | 269.747 | 137.438 | 132.302 | 86.606 | 101.174 | 81.967 | 15.756 | . | 20.707 | 845 |
| Juni 2018 | 269.060 | 137.165 | 131.888 | 86.227 | 100.681 | 82.152 | 14.812 | . | 20.565 | 850 |
| Juli 2018 | 242.962 | 124.104 | 118.854 | 77.541 | 91.221 | 74.200 | 14.498 | . | 15.205 | 726 |
| August 2018 | 511.062 | 259.649 | 251.397 | 163.316 | 189.763 | 157.983 | 23.320 | . | 53.858 | 1.778 |
| September 2018 | 255.859 | 130.584 | 125.268 | 81.512 | 95.989 | 78.358 | 14.519 | . | 19.134 | 745 |
| Oktober 2018 | 260.401 | 132.954 | 127.440 | 82.982 | 97.632 | 79.787 | 14.349 | . | 19.080 | 780 |
| November 2018 | 262.342 | 133.816 | 128.519 | 83.341 | 98.097 | 80.904 | 14.441 | . | 19.715 | 753 |
| Dezember 2018 | 256.243 | 130.874 | 125.363 | 81.219 | 95.492 | 79.532 | 14.375 | . | 20.022 | 815 |
| Januar 2019 | 259.967 | 132.497 | 127.463 | 82.519 | 97.197 | 80.251 | 14.567 | . | 19.081 | 813 |

Hinweis: Im Rahmen der monatlichen Aufbereitung der übermittelten Daten werden diese vor der Veröffentlichung auf Plausibilität überprüft. Diese Prüfung kann bei Daten zu Bildung und Teilhabe nur sehr vereinfacht erfolgen. Geprüft wird zunächst, ob von einem Träger Daten übermittelt wurden. Sodann wird geprüft, ob für mindestens eine Leistungsart zu Bildung und Teilhabe mehr als 10 Personen mit Leistungsanspruch vorhanden sind.

Ist eines von beidem nicht der Fall, so werden alle betroffenen Jobcenter beziehungsweise Kreise im Gebiet des unplausiblen Trägers als unplausibel eingestuft und ihre Daten werden nicht in der statistischen Berichterstattung veröffentlicht. Dabei gilt, dass die Daten zum Thema Bildung und Teilhabe immer als Ganzes betrachtet werden und vollständig aus der Berichterstattung ausgeschlossen werden. Speziell im Falle der Übertragung der Leistungsgewährung von einer gemeinsamen Einrichtung an einen kommunalen Träger bedeutet dies also, dass bei Unplausibilität eines der beiden Träger auch die Daten des anderen nicht berichtet werden.

Bei den Daten in der Tabelle handelt es sich die Werte der plausiblen Jobcenter; die Länderdaten sind nicht hochgerechnet. Entsprechend sind eine Vielzahl der Länderwerte in der Tabelle untererfasst.

Hinweis: es werden nur Summen der plausiblen Jobcenter dargestellt bzw. die Länderdaten sind nicht hochgerechnet. Demnach sind eine Vielzahl der Länderwerte untererfasst.

Tabelle 2: Bestand Leistungsberechtigte (LB) unter 25 Jahren mit Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe, die in alleinerziehenden Bedarfsgemeinschaften (BG) leben
Deutschland und Bundesländer

Datenstand: April 2019

| | dav. | | | | | | | | | | | |
|----------------|-------------------------|--------|---------------------|---------------------------|--------|----------|--------|------------------|-------------------------------|---------|--------------------|-----------|
| | Nordrhein- Westfalen | Hessen | Rheinland- Pfalz | Baden- Württember g | Bayern | Saarland | Berlin | Branden- burg | Mecklenburg Vorpommer n | Sachsen | Sachsen- Anhalt | Thüringen |
| | 11 | 12 | 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 |
| April 2015 | 54.855 | 15.410 | 6.136 | 20.238 | 20.108 | 1.918 | 26.718 | 10.030 | 8.367 | 21.709 | 14.711 | 10.304 |
| Mai 2015 | 57.011 | 15.817 | 6.412 | 20.751 | 19.772 | 2.033 | 27.186 | 10.248 | 8.562 | 21.955 | 15.266 | 10.243 |
| Juni 2015 | 58.378 | 16.741 | 6.602 | 20.862 | 20.408 | 2.069 | 27.842 | 10.203 | 8.661 | 22.282 | 15.245 | 9.875 |
| Juli 2015 | 52.488 | 15.860 | 6.257 | 20.558 | 20.253 | 2.014 | 28.082 | 9.463 | 8.681 | 19.394 | 14.546 | 9.109 |
| August 2015 | 154.992 | 39.647 | 18.674 | 46.900 | 45.798 | 3.692 | 50.083 | 23.680 | 17.009 | 36.971 | 28.335 | 16.619 |
| September 2015 | 60.479 | 15.574 | 6.014 | 19.033 | 18.659 | 1.893 | 29.561 | 9.813 | 8.906 | 20.009 | 14.710 | 9.458 |
| Oktober 2015 | 60.045 | 16.107 | 5.955 | 20.967 | 20.415 | 1.975 | 30.399 | 10.035 | 9.031 | 20.367 | 14.952 | 9.596 |
| November 2015 | 62.373 | 16.701 | 6.132 | 22.108 | 20.830 | 2.076 | 30.742 | 10.386 | 9.028 | 23.168 | 15.519 | 9.524 |
| Dezember 2015 | 63.100 | 16.704 | 6.327 | 22.470 | 21.180 | 2.097 | 30.544 | 10.130 | 8.900 | 22.905 | 15.149 | 9.591 |
| Januar 2016 | 63.500 | 16.282 | 6.048 | 21.916 | 21.089 | 2.058 | 29.973 | 10.390 | 9.020 | 20.967 | 15.097 | 9.514 |
| Februar 2016 | 157.404 | 40.071 | 19.121 | 49.901 | 47.165 | 3.959 | 50.533 | 23.728 | 17.337 | 32.877 | 28.799 | 17.262 |
| März 2016 | 66.212 | 16.898 | 6.418 | 22.772 | 21.579 | 2.158 | 29.745 | 10.983 | 9.260 | 23.225 | 15.799 | 8.842 |
| April 2016 | 63.183 | 17.133 | 6.518 | 22.674 | 21.588 | 2.150 | 29.527 | 10.137 | 9.383 | 23.273 | 15.564 | 9.232 |
| Mai 2016 | 68.184 | 17.347 | 6.580 | 22.363 | 20.928 | 2.165 | 29.302 | 11.391 | 9.312 | 22.974 | 14.631 | 9.059 |
| Juni 2016 | 69.668 | 16.747 | 6.827 | 22.604 | 21.702 | 2.203 | 28.844 | 11.137 | 9.169 | 22.749 | 14.796 | 8.754 |
| Juli 2016 | 65.234 | 15.543 | 6.057 | 21.693 | 21.028 | 2.119 | 28.759 | 10.463 | 9.051 | 20.939 | 12.844 | 7.630 |
| August 2016 | 155.215 | 38.307 | 18.957 | 42.982 | 45.209 | 3.849 | 48.625 | 22.670 | 16.891 | 31.727 | 27.087 | 16.606 |
| September 2016 | 67.745 | 15.850 | 6.139 | 19.408 | 19.481 | 1.964 | 28.852 | 10.171 | 9.173 | 22.738 | 13.281 | 8.762 |
| Oktober 2016 | 67.148 | 15.959 | 6.208 | 20.973 | 20.920 | 2.024 | 29.298 | 10.116 | 9.123 | 22.345 | 13.930 | 8.695 |
| November 2016 | 65.928 | 16.697 | 6.235 | 21.782 | 21.456 | 2.144 | 29.647 | 10.234 | 9.140 | 22.567 | 13.880 | 8.704 |
| Dezember 2016 | 67.066 | 15.899 | 6.494 | 22.103 | 21.507 | 2.166 | 29.767 | 10.059 | 9.098 | 22.363 | 12.883 | 8.583 |
| Januar 2017 | 69.222 | 16.224 | 6.252 | 21.943 | 21.600 | 2.151 | 30.048 | 9.491 | 8.493 | 22.377 | 13.648 | 8.917 |
| Februar 2017 | 156.580 | 39.930 | 18.563 | 48.826 | 47.670 | 4.085 | 49.854 | 22.596 | 17.038 | 36.561 | 27.280 | 15.875 |
| März 2017 | 72.407 | 17.275 | 6.756 | 22.264 | 22.211 | 2.173 | 30.893 | 10.642 | 9.408 | 22.817 | 15.076 | 9.100 |
| April 2017 | 71.825 | 17.415 | 6.568 | 22.342 | 21.893 | 2.201 | 31.195 | 10.496 | 8.849 | 22.525 | 14.892 | 8.859 |
| Mai 2017 | 73.371 | 18.130 | 6.643 | 22.980 | 22.289 | 2.218 | 31.298 | 10.773 | 9.399 | 19.748 | 14.874 | 8.317 |
| Juni 2017 | 71.095 | 17.772 | 6.496 | 22.557 | 22.066 | 2.132 | 31.326 | 10.251 | 8.540 | 22.381 | 14.547 | 8.719 |
| Juli 2017 | 70.488 | 14.308 | 5.605 | 22.298 | 21.790 | 1.672 | 31.498 | 9.962 | 9.268 | 20.253 | 12.559 | 7.283 |
| August 2017 | 154.664 | 39.717 | 19.253 | 45.072 | 44.348 | 3.773 | 47.724 | 19.819 | 16.483 | 34.213 | 26.179 | 16.521 |
| September 2017 | 70.389 | 17.237 | 6.139 | 19.125 | 20.122 | 1.781 | 31.121 | 8.605 | 8.519 | 21.706 | 14.130 | 8.342 |
| Oktober 2017 | 71.761 | 17.230 | 5.992 | 20.627 | 21.564 | 1.757 | 31.433 | 9.731 | 8.945 | 21.172 | 13.852 | 8.328 |
| November 2017 | 72.312 | 17.428 | 6.104 | 21.288 | 21.680 | 1.971 | 31.822 | 9.907 | 8.930 | 21.144 | 13.521 | 8.298 |
| Dezember 2017 | 73.585 | 16.530 | 6.218 | 21.616 | 21.910 | 2.088 | 31.826 | 9.404 | 8.714 | 19.222 | 13.592 | 8.069 |
| Januar 2018 | 73.016 | 16.522 | 5.943 | 21.329 | 21.642 | 1.948 | 32.060 | 9.423 | 8.575 | 19.853 | 13.394 | 7.921 |
| Februar 2018 | 157.619 | 35.397 | 18.853 | 46.788 | 45.264 | 3.796 | 48.303 | 20.377 | 15.559 | 32.414 | 24.893 | 15.355 |
| März 2018 | 74.800 | 17.331 | 6.259 | 21.621 | 21.761 | 2.094 | 32.315 | 9.421 | 8.480 | 19.737 | 13.315 | 7.862 |
| April 2018 | 74.723 | 17.537 | 6.224 | 21.679 | 21.643 | 2.009 | 32.630 | 8.783 | 8.385 | 19.375 | 13.658 | 7.858 |
| Mai 2018 | 74.372 | 17.837 | 6.180 | 21.587 | 21.173 | 2.066 | 32.882 | 9.274 | 8.292 | 17.370 | 13.390 | 8.016 |
| Juni 2018 | 75.494 | 17.185 | 6.212 | 21.648 | 21.019 | 2.057 | 33.539 | 9.236 | 8.174 | 17.127 | 13.206 | 7.936 |
| Juli 2018 | 68.261 | 13.926 | 4.881 | 20.820 | 20.342 | 1.710 | 33.344 | 8.094 | 7.902 | 14.926 | 11.502 | 6.825 |
| August 2018 | 147.949 | 38.115 | 17.796 | 41.684 | 40.472 | 3.622 | 47.253 | 18.599 | 14.362 | 25.665 | 22.881 | 13.708 |
| September 2018 | 71.620 | 16.902 | 5.592 | 18.140 | 18.484 | 1.943 | 36.689 | 8.500 | 7.892 | 15.382 | 12.777 | 7.540 |
| Oktober 2018 | 72.260 | 17.026 | 5.537 | 19.589 | 20.148 | 1.994 | 36.848 | 8.524 | 7.500 | 17.076 | 12.472 | 7.218 |
| November 2018 | 72.521 | 17.476 | 5.611 | 20.203 | 20.617 | 2.055 | 36.998 | 8.483 | 6.883 | 17.006 | 12.744 | 6.836 |
| Dezember 2018 | 73.102 | 17.382 | 5.574 | 20.415 | 16.039 | 2.039 | 36.818 | 7.948 | 6.729 | 15.873 | 12.396 | 6.716 |
| Januar 2019 | 72.301 | 17.177 | 5.462 | 20.236 | 20.463 | 2.078 | 36.940 | 8.331 | 7.421 | 15.987 | 12.204 | 6.906 |

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Hinweis: Im Rahmen der monatlichen Aufbereitung der übermittelten Daten werden diese vor der Veröffentlichung auf Plausibilität überprüft. Diese Prüfung kann bei Daten zu Bildung und Teilhabe nur sehr vereinfacht erfolgen. Geprüft wird zunächst, ob von einem Träger Daten übermittelt wurden. Sodann wird geprüft, ob für mindestens eine Leistungsart zu Bildung und Teilhabe mehr als 10 Personen mit Leistungsanspruch vorhanden sind.

Ist eines von beidem nicht der Fall, so werden alle betroffenen Jobcenter beziehungsweise Kreise im Gebiet des unplausiblen Trägers als unplausibel eingestuft und ihre Daten werden nicht in der statistischen Berichterstattung veröffentlicht. Dabei gilt, dass die Daten zum Thema Bildung und Teilhabe immer als Ganzes betrachtet werden und vollständig aus der Berichterstattung ausgeschlossen werden. Speziell im Falle der Übertragung der Leistungsgewährung von einer gemeinsamen Einrichtung an einen kommunalen Träger bedeutet dies also, dass bei Unplausibilität eines der beiden Träger auch die Daten des anderen nicht berichtet werden.

Bei den Daten in der Tabelle handelt es sich die Werte der plausiblen Jobcenter; die Länderdaten sind nicht hochgerechnet. Entsprechend sind eine Vielzahl der Länderwerte in der Tabelle untererfasst.

Hinweis: es werden nur Summen der plausiblen Jobcenter dargestellt bzw. die Länderdaten sind nicht hochgerechnet. Demnach sind eine Vielzahl der Länderwerte untererfasst.

Tabelle 1: Bestand alleinerziehende erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach ausgewählten StrukturmerkmalenDeutschland und Bundesländer
Zeitreihe, Datenstand: April 2019

| Bestand ELB | Merkmale / Bundesländer | Jahre | | | | | | | | | |
|---|---|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 |
| alleinerziehende erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) | Insgesamt | 636.329 | 629.446 | 615.777 | 613.317 | 614.593 | 613.733 | 608.641 | 592.836 | 581.255 | 551.355 |
| | dar. Männer | 32.887 | 33.974 | 33.854 | 34.984 | 36.071 | 36.884 | 37.176 | 37.856 | 37.911 | 38.571 |
| | Frauen | 603.442 | 595.473 | 581.923 | 578.333 | 578.522 | 576.849 | 571.424 | 554.978 | 543.340 | 512.780 |
| | dav. in BG mit einem Kind unter 18 Jahren | 390.475 | 385.208 | 375.007 | 370.965 | 369.780 | 366.540 | 358.573 | 344.014 | 332.258 | 310.202 |
| | in BG mit zwei Kindern unter 18 Jahren | 177.999 | 176.878 | 174.058 | 174.593 | 175.478 | 176.186 | 176.759 | 173.337 | 170.969 | 163.748 |
| | in BG mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren | 67.854 | 67.360 | 66.712 | 67.758 | 69.335 | 71.008 | 73.309 | 75.486 | 78.028 | 77.406 |
| | dav. Schleswig-Holstein | 24.090 | 23.595 | 23.187 | 23.076 | 23.022 | 22.971 | 22.882 | 22.316 | 21.950 | 20.669 |
| | Hamburg | 19.200 | 18.939 | 18.449 | 18.272 | 18.196 | 18.277 | 18.462 | 18.405 | 18.525 | 18.080 |
| | Niedersachsen | 63.598 | 61.849 | 60.896 | 60.984 | 60.982 | 60.367 | 59.749 | 57.940 | 56.772 | 53.896 |
| | Bremen | 9.296 | 9.300 | 9.255 | 9.278 | 9.210 | 9.223 | 9.371 | 9.380 | 9.448 | 9.352 |
| | Nordrhein-Westfalen | 150.468 | 151.531 | 151.108 | 151.527 | 153.130 | 154.286 | 155.278 | 153.045 | 152.292 | 147.197 |
| | Hessen | 41.982 | 41.516 | 40.216 | 40.400 | 40.759 | 41.058 | 40.924 | 39.974 | 40.166 | 38.775 |
| | Rheinland-Pfalz | 24.148 | 23.782 | 22.730 | 22.382 | 22.622 | 22.787 | 22.586 | 22.188 | 21.973 | 21.093 |
| | Baden-Württemberg | 51.224 | 50.981 | 48.603 | 48.606 | 48.376 | 48.277 | 48.233 | 47.496 | 47.295 | 44.987 |
| | Bayern | 56.200 | 55.105 | 52.333 | 50.737 | 50.620 | 50.451 | 49.775 | 48.328 | 47.188 | 44.121 |
| | Saarland | 8.026 | 7.880 | 7.552 | 7.498 | 7.626 | 7.694 | 7.680 | 7.741 | 7.568 | 7.157 |
| | Berlin | 48.453 | 48.346 | 48.279 | 48.228 | 48.351 | 48.489 | 48.467 | 47.476 | 46.733 | 45.423 |
| Brandenburg | 25.942 | 25.190 | 24.752 | 24.890 | 24.914 | 24.738 | 23.994 | 22.736 | 21.211 | 19.338 | |
| Mecklenburg-Vorpommern | 20.061 | 19.479 | 18.949 | 18.935 | 18.933 | 18.735 | 18.043 | 17.276 | 16.215 | 14.692 | |
| Sachsen | 42.201 | 41.644 | 40.749 | 40.110 | 39.838 | 39.389 | 37.858 | 35.619 | 33.399 | 30.054 | |
| Sachsen-Anhalt | 29.381 | 28.663 | 28.202 | 28.094 | 27.953 | 27.361 | 26.511 | 25.122 | 23.709 | 21.551 | |
| Thüringen | 22.059 | 21.647 | 20.518 | 20.301 | 20.062 | 19.630 | 18.829 | 17.794 | 16.811 | 14.970 | |

Tabelle 1: Bestand alleinerziehende erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach ausgewählten Strukturmerkmalen

Deutschland und Bundesländer
Zeitreihe, Datenstand: April 2019

| Bestand ELB | Merkmale / Bundesländer | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 |
|------------------------|---|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | | JD 2009 | JD 2010 | JD 2011 | JD 2012 | JD 2013 | JD 2014 | JD 2015 | JD 2016 | JD 2017 | JD 2018 |
| dar: erwerbstätig | Insgesamt | 205.843 | 208.146 | 210.848 | 216.838 | 217.296 | 218.104 | 215.363 | 207.515 | 198.841 | 181.005 |
| | dar: Männer | 8.699 | 9.695 | 10.215 | 11.057 | 11.462 | 11.856 | 11.795 | 11.509 | 11.209 | 11.327 |
| | Frauen | 197.143 | 198.451 | 200.632 | 205.781 | 205.834 | 206.248 | 203.549 | 196.004 | 187.631 | 169.677 |
| | dav. in BG mit einem Kind unter 18 Jahren | 134.049 | 135.891 | 137.327 | 140.341 | 139.890 | 139.290 | 135.687 | 129.040 | 122.258 | 110.407 |
| | in BG mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren | 57.439 | 57.839 | 58.814 | 61.044 | 61.445 | 62.184 | 62.445 | 60.811 | 58.735 | 53.880 |
| | dav. Schleswig-Holstein | 14.355 | 14.415 | 14.707 | 15.452 | 15.961 | 16.629 | 17.232 | 17.663 | 17.848 | 16.718 |
| | Hamburg | 8.693 | 8.567 | 8.612 | 8.775 | 8.723 | 8.788 | 8.735 | 8.439 | 7.938 | 7.139 |
| | Niedersachsen | 5.564 | 5.647 | 5.881 | 5.996 | 6.051 | 6.092 | 5.930 | 5.774 | 5.658 | 5.230 |
| | Bremen | 22.701 | 22.556 | 22.885 | 23.520 | 23.482 | 23.163 | 22.939 | 22.023 | 21.029 | 19.054 |
| | Nordrhein-Westfalen | 2.838 | 2.898 | 3.023 | 3.093 | 3.064 | 3.091 | 3.013 | 2.962 | 2.931 | 2.772 |
| | Hessen | 44.957 | 46.348 | 47.754 | 49.031 | 49.496 | 49.918 | 50.677 | 49.596 | 48.435 | 45.463 |
| | Rheinland-Pfalz | 14.030 | 14.529 | 14.611 | 15.095 | 15.152 | 15.037 | 14.907 | 14.601 | 14.166 | 13.144 |
| | Baden-Württemberg | 8.084 | 8.114 | 8.056 | 7.963 | 7.975 | 8.013 | 8.025 | 7.808 | 7.466 | 6.892 |
| | Bayern | 18.127 | 18.621 | 18.756 | 19.344 | 19.081 | 19.141 | 19.102 | 18.551 | 18.048 | 16.655 |
| | Saarland | 19.910 | 19.920 | 19.765 | 19.824 | 19.727 | 19.779 | 19.682 | 18.570 | 17.637 | 15.849 |
| | Berlin | 2.500 | 2.496 | 2.469 | 2.590 | 2.647 | 2.618 | 2.629 | 2.615 | 2.595 | 2.327 |
| | Brandenburg | 14.009 | 14.479 | 14.746 | 15.537 | 15.776 | 15.901 | 15.677 | 15.292 | 14.774 | 13.713 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 8.419 | 8.453 | 8.466 | 8.928 | 8.934 | 9.057 | 8.622 | 8.035 | 7.344 | 6.364 | |
| Sachsen | 6.113 | 5.871 | 6.047 | 6.435 | 6.470 | 6.519 | 6.210 | 5.829 | 5.460 | 4.683 | |
| Sachsen-Anhalt | 14.175 | 13.933 | 13.956 | 14.295 | 14.432 | 14.767 | 13.966 | 13.072 | 12.012 | 10.331 | |
| Thüringen | 8.689 | 8.521 | 8.653 | 9.100 | 9.128 | 9.105 | 8.489 | 7.998 | 7.508 | 6.420 | |
| | 7.036 | 7.193 | 7.167 | 7.311 | 7.158 | 7.115 | 6.761 | 6.351 | 5.841 | 4.971 | |

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

